

Volkswacht

Einzelhefte: Die neuzeitliche Kampferzeile... Die Arbeiterpartei...

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage... Bezugspreise...

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Danzig, Paradiesgasse 32. Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften. Telephon: Redaktion 3795. Expedition 3290.

Nr. 121 Mittwoch, den 28. Mai 1919 10. Jahrgang

Pariser Arbeiter gegen den Gewaltfrieden.

Paris, 26. Mai. (S. P.) Laut Pariser Blättern veranstaltete gestern nachmittags die Pariser Arbeiterpartei zu Ehren der im Jahre 1871 gefallenen Kommunisten in Paris eine Kundgebung...

nicht, an amtlicher Stelle über die tatsächlichen Vorgänge Klarheit zu erhalten; wir befehlen uns deshalb vor, auf den Vorkauf zurückzukommen. Knapp vor Schluss des Blattes erfahren wir noch: Während die Soldaten oben die Versammlung...

Die Entente will Deutschland zwingen, sogar solche Gebiete an Dänemark abzutreten, die von der dänischen Regierung zurückgewiesen werden. Allerdings soll Volksabstimmung entfallen. Man hofft darauf, dass die Schleswiger aus Abneigung gegen den Hunger und die hohen Steuern dem ungünstigen Deutschland freiwillig den Rücken kehren werden.

Zeit noch weniger Arbeitslosigkeit bleiben, als bei seiner Zugehörigkeit zu unserer unglücklichen Republik. Der dänische Minister des Auswärtigen, Herr Scavenius, legte in einer Versammlung der radikalen Partei in Kopenhagen auseinander, wie es gekommen ist, dass die Entente Dänemark mit deutschen Gebieten „beglücken“ will...

Bei dem 1918 hat an der Wand der Förderer, an der am Sonntag gewaltige Arbeitermassen vorüberzogen, keine Kundgebung stattgefunden. So das bürgerliche Frankreich 1871 im Blute der sozialistischen Proleten von Paris wachte, scharten sich die Sozialisten der französischen Hauptstadt, die so vieler Revolutionen Zeugin gewesen ist, zusammen, um gegen den Wahnsinn von Versailles zu protestieren...

Der Offizier gab auf die Frage nach dem Grunde dieses, wie es scheint, wahrhaftigen Gewaltfriedens nur unklare und ausweichende Antworten, die sich auf irgendeinen nicht näher bezeichneten höheren Befehl beriefen. Wir fordern sofortige Aufklärung und augenblickliche Sicherstellung aller Beteiligten vom Dienst, aber Sicherstellung ihrer Personen zur Verfügung des Gerichts.

Landesverräter in Schleswig Die Entente will Deutschland zwingen, sogar solche Gebiete an Dänemark abzutreten, die von der dänischen Regierung zurückgewiesen werden. Allerdings soll Volksabstimmung entfallen. Man hofft darauf, dass die Schleswiger aus Abneigung gegen den Hunger und die hohen Steuern dem ungünstigen Deutschland freiwillig den Rücken kehren werden.

Amerikanische Lebensmittel Zeit dem 25. März sind 41 mit amerikanischen Lebensmitteln beladene Dampfer im Hamburger Hafen eingetroffen, die Mehl, Getreide, Fleisch und Speck geladen hatten. Gegenwärtig sind wieder 13 Dampfer nach Hamburg unterwegs, die bereits von Baltimore gemeldet sind. Einige von ihnen haben 170 000 T. Mehl geladen. Jetzt beginnt auch die Einfuhr von Reis. Ein Dampfer mit Reis liegt bereits im Hafen.

Wie das Volk deutet, zeigen diese Anträge eine Parteilosigkeit: Aktion. Sofortige Auflösung sämtlicher Militärverbände, als Voraussetzung für die Gründung eines Volkswehres.

Die Handgranatexplosion in der Bromberger Versammlung (Gegenüber entgegengesetzten Aussagen der „Reinheit“ wird uns mitgeteilt, dass in Zusammenhang der betagten Vorrede in der Bromberger Versammlung die Staatsanwaltschaft die Untersuchungen einzustellen und einen Aktus erlassen hat, wonach diejenigen, die Befundungen machen konnten, sich bei ihr melden sollten.

Ein unverdächtigtes Attentat auf die Kriegsbeschädigten. Von wem mag das wohl ausgehen? Von der Entente? Nein, diesmal handelt es sich um ein deutsches Verbrechen. Im Laufe des vorigen Jahres ist ausankerten der Kriegsbeschädigten unter dem Namen „Zuwendungsliste“ eine große Sammlung in ganz Deutschland veranstaltet worden...

Wer ist dieser Reichs-Kriegs-Dank? Eine Schöpfung des Antifaßler-Bundes der deutschen Kriegerverwundeten! Unter dieser Firma sollte den Kriegerverwundeten, die sich bei den Antifaßlern als wachsenden Unzufriedenheit erweisen, ein Millionenfonds in die Hände gespielt werden, mit dessen Hilfe man die deutschen Kriegsteilnehmer politisch zu korumpieren und dauernd an die Kriegerverwundeten zu fesseln suchte...

Nur nicht unterzeichnen! So ruft jetzt auch die Internationale. Aus London wird gemeldet, daß mehrere Führer der englischen Arbeiterpartei sich nach Deutschland begeben wollen, um in Berlin mit den Führern der Deutschen Sozialdemokratie über die Friedensfrage zu beraten. Die sozialistische Internationale wird einen neuen Kongress in Amsterdam oder in Bern abhalten, um gegen den Versailler Vertrag zu protestieren.

Frankreich und Oesterreich. Dem „Vorwärts“ wird aus Paris berichtet: Die Richtlinien der französischen Politik Oesterreich gegenüber beginnen sich deutlicher abzuzeichnen. Ihre eigentliche Tendenz besteht darin, als wichtigstes Glied bei der immer härter hervorretretenden Isolierung und der damit verbundenen wirtschaftlichen und militärischen Schwächung und Unterdrückung Deutschlands zu dienen.

Ein neues Standal. Der „Vorwärts“ meldet in seiner Sonntagsausgabe: Die uns in vorgeschätzter Stunde mitgeteilt wird, wurde in Schwetzingen eine Versammlung in der Hauptmann v. Beerfeldt sprach wollte, von militärischer Seite aufgesagt. Es wurden wiederholt Schüsse abgegeben, worüber die Teilnehmer in großer Erregung gerieten. Es gelang uns aber

Wie durch so manchen reaktionären Mann, der die Revolution auch durch dieses Verbrechen um großen Schmerz der Kriegerverwundeten einen bitteren Schlag empfinden. Jetzt vermehren die Antifaßler, wie eine riesige Menge von Gelegenheitsarbeitern, ihre Zahl über auf Seiten der Antifaßler. Sie haben wieder zu galoppieren, wenn sie nur der mächtigen Kraft der Antifaßler sind...

Ein neuer Standal. Der „Vorwärts“ meldet in seiner Sonntagsausgabe: Die uns in vorgeschätzter Stunde mitgeteilt wird, wurde in Schwetzingen eine Versammlung in der Hauptmann v. Beerfeldt sprach wollte, von militärischer Seite aufgesagt. Es wurden wiederholt Schüsse abgegeben, worüber die Teilnehmer in großer Erregung gerieten. Es gelang uns aber

Wie das Volk deutet, zeigen diese Anträge eine Parteilosigkeit: Aktion. Sofortige Auflösung sämtlicher Militärverbände, als Voraussetzung für die Gründung eines Volkswehres. Die Handgranatexplosion in der Bromberger Versammlung (Gegenüber entgegengesetzten Aussagen der „Reinheit“ wird uns mitgeteilt, dass in Zusammenhang der betagten Vorrede in der Bromberger Versammlung die Staatsanwaltschaft die Untersuchungen einzustellen und einen Aktus erlassen hat, wonach diejenigen, die Befundungen machen konnten, sich bei ihr melden sollten.

Ein unverdächtigtes Attentat auf die Kriegsbeschädigten. Von wem mag das wohl ausgehen? Von der Entente? Nein, diesmal handelt es sich um ein deutsches Verbrechen. Im Laufe des vorigen Jahres ist ausankerten der Kriegsbeschädigten unter dem Namen „Zuwendungsliste“ eine große Sammlung in ganz Deutschland veranstaltet worden...

Wie durch so manchen reaktionären Mann, der die Revolution auch durch dieses Verbrechen um großen Schmerz der Kriegerverwundeten einen bitteren Schlag empfinden. Jetzt vermehren die Antifaßler, wie eine riesige Menge von Gelegenheitsarbeitern, ihre Zahl über auf Seiten der Antifaßler. Sie haben wieder zu galoppieren, wenn sie nur der mächtigen Kraft der Antifaßler sind...

Ein neuer Standal. Der „Vorwärts“ meldet in seiner Sonntagsausgabe: Die uns in vorgeschätzter Stunde mitgeteilt wird, wurde in Schwetzingen eine Versammlung in der Hauptmann v. Beerfeldt sprach wollte, von militärischer Seite aufgesagt. Es wurden wiederholt Schüsse abgegeben, worüber die Teilnehmer in großer Erregung gerieten. Es gelang uns aber

Wie das Volk deutet, zeigen diese Anträge eine Parteilosigkeit: Aktion. Sofortige Auflösung sämtlicher Militärverbände, als Voraussetzung für die Gründung eines Volkswehres. Die Handgranatexplosion in der Bromberger Versammlung (Gegenüber entgegengesetzten Aussagen der „Reinheit“ wird uns mitgeteilt, dass in Zusammenhang der betagten Vorrede in der Bromberger Versammlung die Staatsanwaltschaft die Untersuchungen einzustellen und einen Aktus erlassen hat, wonach diejenigen, die Befundungen machen konnten, sich bei ihr melden sollten.

Ein unverdächtigtes Attentat auf die Kriegsbeschädigten. Von wem mag das wohl ausgehen? Von der Entente? Nein, diesmal handelt es sich um ein deutsches Verbrechen. Im Laufe des vorigen Jahres ist ausankerten der Kriegsbeschädigten unter dem Namen „Zuwendungsliste“ eine große Sammlung in ganz Deutschland veranstaltet worden...

Wie durch so manchen reaktionären Mann, der die Revolution auch durch dieses Verbrechen um großen Schmerz der Kriegerverwundeten einen bitteren Schlag empfinden. Jetzt vermehren die Antifaßler, wie eine riesige Menge von Gelegenheitsarbeitern, ihre Zahl über auf Seiten der Antifaßler. Sie haben wieder zu galoppieren, wenn sie nur der mächtigen Kraft der Antifaßler sind...







# Bogel im Ausland!

Die Annahme, daß Oberleutnant Bogel mit Hilfe falscher Pässe, die von Leutnant Hindemann beschafft worden sind, das Ausland erreicht hat, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Hindemann, der als Kaffierer wegen seiner Verfehlungen bei der Graphische Straßverfolgung zu erwarten hatte, besand sich im Besitz von falschen Pässen, um im ogegebenen Augenblick sich durch Flucht seiner drohenden Bestrafung zu entziehen. Hindemann hat offenbar sehr gute Beziehungen zu der Paphle des Berliner Polizeipräsidenten unterhalten. Das Polizeipräsident von Berlin hat zwar mitgeteilt, daß offiziell keine Pässe an Hindemann ausgestellt sind, doch ist es sehr wahrscheinlich, daß der ehemalige Kaffierer Freunde in der Paphle besaß, die ihm behilflich waren. Hindemann hat zu seinen ehemaligen Bekannten bei der Graphische wiederholt gesteuert, daß sein Bruder in der Paphle des Polizeipräsidenten beschäftigt sei und daß er imstande seien jeden gewünschten Päss haben könne. Nach unseren Ermittlungen ist nun allerdings ein Beamter namens Hindemann bei den Polizeiverwaltungen von Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf und Neukölln nicht bekannt, auch in den letzten Monaten nicht anwesend. Dagegen ist es sehr wahrscheinlich, daß Hindemann nur deshalb die Behauptung verbreitet hat, sein Bruder sei bei einem Passbüro beschäftigt, um später Spuren zu verwischen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Hindemann zu irgendeiner herabgesetzten Stelle Beziehungen unterhalten hat, die ihm die Ausstellung falscher Pässe ermöglichte.

# Zur Frage der Verantwortlichkeit.

Verantwortl. d. Mal. Heute ist dem Präsidenten der alliierten Friedenskonferenz von der deutschen Friedensdelegation eine Note über die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für die Folgen des Krieges überreicht worden, in der gegenüber der irrtümlichen Darstellung des Schieds Clementeaus vom 20. d. Mts. der Sinn dargestellt wird, in dem die deutsche Regierung und das deutsche Volk sich mit der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 einverstanden erklären.

Darin wird ausgeführt, daß die von Wilson in seinen Rundreden aufgestellten Forderungen an Deutschland hauptsächlich den Verzicht auf wichtige Teile des Reichsgebietes im Westen und Osten unter dem Gesichtspunkte der nationalen Selbstbestimmung und des Verwirklichens der Niederherkunft der besetzten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs enthielten. Darüber heißt es:

Auf solche Forderungen konnten sich die deutsche Regierung und das deutsche Volk einlassen, weil der Grundsatz der Selbstbestimmung der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands entsprach und die besetzten Gebiete von deutscher Seite durch eine völkerrechtswidrige Handlung, nämlich durch die Verletzung der Neutralität, mit dem Schrecken des Krieges überzogen worden seien. Das Selbstbestimmungsrecht des völkischen Volkes hätte übrigens schon die frühere Regierung ebenso anerkannt, wie das an Belgien verübte Unrecht. Wenn nun das durch den Staatssekretär Lansing vom 5. November 1918 an die deutsche Regierung übermittelte Schreiben der Entente den Begriff der Wiederherstellung der besetzten Gebiete einer näheren Auslegung unterzogen, so erklärt es für die deutsche Auffassung selbstverständlich, daß die Erlaspflicht, die in der Auslegung festgelegt wurde, sich nicht auf andere Gebiete beziehen konnte, als die, deren Schädigung als rechtswidrig angegeben worden war und dessen Wiederherstellung die leitenden Staatsmänner der Gegner als Kriegsziele betont hatten.

Die Note verweist auf Begründung auf die Vorkämpfe Wilsons vom 8. Januar 1918 und die Unterhause Rede Lloyd Georges vom 22. Oktober 1917 und führt fort:

Was hier für Belgien geltend wird, müßte Deutschland auch für Nordfrankreich anerkennen, da die deutsche Heere nur auf dem Wege über die verletzten belgische Neutralität die französischen Gebiete erreicht hatten. Dieser Angriff war es, für den die deutsche Regierung Deutschlands Verantwortlichkeit zuzug, nicht aber eine angelegliche Schuld am Ausbruch des Krieges oder die äußerliche Tathatsache, daß die formelle Kriegserklärung von deutscher Seite ausgingen war. Die Bedeutung der Note des Staatssekretärs Lansing lag für die deutsche Regierung darin, daß die Entschädigungspflicht sich nicht auf die Wiederherstellung der Sachwerte beschränkte, sondern auf jeden Schaden ausgedehnt wurde, den die Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet an Personen oder Eigentum erlitten hatte, mochte er im Verlaufe der Kriegshandlungen zu Lande, zu Wasser oder von der Luft aus herbeigeführt sein.

Das deutsche Volk hat die Einzelheiten wohl empfunden, die darin lag, daß man ihm die Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs auferlegte, während man ihm eine Entschädigung für die Gebiete des deutschen Ostens verweigerte, die von den Truppen des russischen Bolschewismus nach

einem von langer Hand vorbereiteten Plan überfallen und vernichtet worden waren. Es hat aber anerkannt, daß der russische Lebensfall nach formellem Völkerecht anders zu beurteilen war, als der Einfall in Belgien, und deshalb von einer Erlasforderung seinerseits Abstand genommen.

Wenn nunmehr die alliierten und assoziierten Regierungen die Auffassung vertreten sollten, daß für jede völkerrechtswidrige Handlung, die im Kriege begangen worden sei, Schadenersatzpflicht gebühre, so will die deutsche Delegation die grundsätzliche Richtigkeit dieses Standpunktes nicht bestreiten. Sie macht aber darauf aufmerksam, daß dann auch Deutschland eine erhebliche Schadensrechnung aufzustellen hat, und daß die Erlasverpflichtung seiner Gegner, insbesondere gegenüber der durch die völkerrechtswidrige Hungerblockade unermeslich geschädigte deutsche Zivilbevölkerung sich nicht auf die Zeit beschränke, wo der Krieg noch beiderseits geführt wurde, sondern ganz besonders auch für die Zeit ansetze, wo es nur noch eine Kriegführung der alliierten und assoziierten Mächte gegen das freiwillig mehrmals gewordenen Deutschland gab.

Hiedurch entfernt sich die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen von der Vereinfachung, die Deutschland vor Abschluss des Waffenstillstandes getroffen hatte. Sie läßt eine endlose Reihe von Streitfragen am Horizont der Friedensverhandlungen emporklettern und könnte zu einer praktischen Lösung nur durch eine unparteiische internationale Schiedsgerichtsbarkeit gebracht werden, eine Schiedsgerichtsbarkeit, wie sie im Artikel 13. Absatz 2 des Entwurfes der Friedensbedingungen vorgeseher ist.

Die Note stimmt sodann dem von Clemenceau erwähnten Grundsatz des internationalen Rechts an, daß kein Volk durch eine Veränderung seiner politischen Regierungsform oder durch einen Wandel in den Personen seiner Führer eine von seiner Regierung einmal eingegangene Verpflichtung zum Erlöschen bringen kann, verweist sich aber gegen die in dem Friedensentwurf enthaltene Bestimmung für die angeblichen Verbrechen seiner früheren politischen und militärischen Leiter. Noch in den öffentlichen Verhandlungen kurz vor Abschluss des Waffenstillstandes sei dem deutschen Völk verprochen worden, daß Deutschlands Schicksal eine grundlegende Veränderung erfahren würde, wenn man es von seinem Herrscher trenne. Die deutsche Delegation müßte die Worte Clemenceaus nicht dahin verstehen, daß die Aufgabe der alliierten und assoziierten Regierungen damals nur eine Gelegenheits war, um den Widerstand des deutschen Volkes zu lähmen, und daß die Forderungen zurückgenommen werden sollten.

Gegenüber dem Hinweis Clemenceaus, daß die alliierten und assoziierten Mächte das Recht haben, Deutschland nach denselben Methoden zu behandeln, die es beim Franzosen Frieden und beim Frieden von Trianon im Weltkrieg angewendet habe, verweist die Note darauf, daß die alliierten und assoziierten Regierungen durch die Annahme der 14 Punkte es abgelehnt hätten, sich einen Gewaltfrieden der Vergangenheit zum Muster zu nehmen.

Militärischerseits hält man es aber auch nicht für ausgeschlossen, daß eine Selbstenttarnung zu Stande kommen könnte.

# Polales.

## Die Polenfrage im Völkungsanspruch.

In der gestrigen Sitzung des Völkungsanspruchs wurde über die Polenfrage verhandelt. Herr Jones behauptete sich über Uebergriffe gegen die Polen. Man habe den völkischen Völkerrat in Danzig und Lwow, sowie das Unterkommissariat in Danzig aufgelöst und nun auch die „Gazeta Szwabska“ auf acht Tage verboten. Durch solche unzulässige Behandlung werde die Entente darauf gehalten, die Polen zu bestrafen. Die deutsche Regierung sollte jetzt beweisen, daß sie es versteht und dazu willens ist, die Polen gerecht zu behandeln. In der Aussprache hatte Genosse Spill Bedenken gegen das Verfahren der Polen, was seine Informationen richtig seien. Das Unterkommissariat soll auch jetzt noch mit Polen in Verbindung gehalten haben. Herr Raabe hielt es für das Richtige, sich gegenüber den Polen und die verfehlte Okkupationspolitik aufzugeben. Er beantragte auch das Verbot der „Gazeta Szwabska“ wie die Aufsichtungen. Die würden den Zusammenhalt nicht fördern, sondern nur noch festigen. Die Zeitung solle kräftige Interessen gefährdet haben. Das gleiche läte aber auch deutsche Zeitungen. Redner führte als Beispiel einen Artikel der „Danz. Wkz.“ vom 28. Mai an, in dem man die Berliner Regierung auch zur Bedingungsweife anerkennen wolle. Genosse Naugroth führte das Vorgehen gegen die Polen auf überreizte Nerven zurück. Man solle den Polen ihre Freiheit lassen und auf Verhaftungen verzichten. Wenn sie sich gegen die Besetzung verzeihen, dann solle man sie zur Verantwortung ziehen. Es wurde beschlossen, zur Prüfung der Polenvollmacht eine Kommission einzusetzen, die dem Bericht erstatten werde.

## Zum Landarbeiterstreik

Im Kreise Danziger Höhe nahm gestern der Völkungsanspruch Stellung. Es wurde berichtet, daß der dort ausstehende kommunistische Völkerrat weder die Arbeiter noch Form und Inhalt befruchtet, noch von den Bestrebern ingehalten werde. Die Bemühungen der Arbeiterorganisationen, einen anderen Völkerrat einzuführen, überlassen und so entziehen auf einen Wüter des Kreises und darüber hinaus würde Streik. Das erreichte Jahreserfordern der Arbeiter beträgt nach Regierungsstatistik 2100—2450 Mt., unter Anrechnung aller Raturgaben, wogegen die Arbeiter 2700—3000 Mt. verlangen. Nach seiner Meinung würde der Streik bald durch Ausbleib beendet sein.

Die Dohrowölke, der Vorsitzende der völkischen Berufsvereinigungen, mittel, haben die Arbeiterbetriebe freiziehende Arbeiter gemacht und entlassen. Sie sollten teilweise die Wohnung sofort verlassen. Die Folge werde die sein, daß der Streik vielleicht schon morgen neu auslebe. Redner wies darauf hin, daß über das er nicht ausreichend Mitteilungs erhalten habe, um die Landarbeiter zu besuchen. 72 Prozent der Landarbeiter des Kreises seien Polen. Er beschwerte sich auch darüber, daß die Soldaten die Arbeiter bedrängten.

Auf eine Anfrage des Vorsitzenden Len erklärte Dohrowölke, daß er dem Aufruf fern stehe, in dem eslagte werde, daß 8000 Landarbeiter in den Streik eintreten würden.

Genosse Wölke vom Völkungsanspruchverband ist der Meinung, daß die Großgrundbesitzer beim Abschluss eines Tarifvertrages nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen widerstreben. Er befragte eine Briefmitteilung dahin, daß sich die Arbeiterorganisationen nicht verbünden hätten, um den Streik durchzuführen. Er ist vom Völkungsanspruch beauftragt worden, einen Ausbleib herbeizuführen. Er sei in Koschiken gewesen und habe gefunden, daß die Forderungen der Arbeiter nicht übertrieben seien. Er habe den Entwurfsbauer wenigstens einwilligen anerkennen. An manchen Stellen würden noch Friedensabläufe gezählt, 50 Pa. den Tag.

Ueber das Recht zum Streik waren sich alle Redner einig, auch darüber, daß es nur als letztes Mittel anzuwenden sei und daß man die Volksernährung sicherstellen müsse. Es wurde bemerkt, daß der Landrat des Kreises sich um die Beilegung des Streiks bemühe. Es müßte dann angemessen werden. Ferner wurde mitgeteilt, daß Großgrundbesitzer Flächen unbesetzt ließen. Die Gemeinden besäßen aber das Recht, solche Flächen zu pflügen.

## Der Zigeunerbaron.

Es ist keine Ehre, die man dem „Zigeunerbaron“ antut, wenn man ihn als „Oper“ aufgeführt, sondern nur Verdacht. Man kann ihn durchaus mit künstlerischen Maßstäben messen. Dies ist zu mehr, wenn man bedenkt, was die letzten Jahre für die deutschen Operetten gebracht haben. So hat es dem Sonntag wieder eine wahre Freude, auf den kühnen, selbstbewußten, den prächtigen Bühnenmalern zu schauen und der, der in der Kunst der Zigeunerbaron sich hingewidmet hat.

Und wenn auch Kapellmeister Walter mit dem Direktor von dem Urhohnemus dieser Musik erhebt, so gab er doch immerhin eine Unterhaltung. Wir sind eben hier oben nicht heimlich, nicht genug, und den Takt des Stückes kann man nicht von heute auf morgen umhelfen. Aber unter Leitung von Albert Trebe wurde munter gespielt und mancher auch mit dem „Zigeunerbaron“ im Saal. Die mit ihr sehr reizvolle Schminke der Antonie hat im zweiten Akt den langen verweilten hübschen Walzer hören ließ. Auch an Dile Szymanowsky konnte man sich erfreuen, wenn sie auch keine echte Zigeunerin aus Ungarn sei. Die untere Minoren (die Witz, Adolf Maden, Georg Wald, Walter Trebe und Adam. Plötz. Gabel) liefen nach Kräften das Ihre, dem Spiel ein wenig hübschen Gesamtanspruch zu verstehen. W. O.

# Politisches.

## Der englische Maritimb.

Die britische Militärbehörde hatte das Staffieren von Marineverrichtungen in Soilingen unter der Voraussetzung genehmigt, daß über folgende vier Punkte nicht gesprochen werde:

1. für sofortige Befreiung der Kriegsgefangenen;
2. für eine gerechten Frieden;
3. für Räumung der besetzten Gebiete und
4. für völlige Gleichberechtigung im Völkerverbande.

Nichts kennzeichnet die brutalen Vergewaltigungsbedingungen der Entente treffender als dieses Verbot.

Seine Sitzung des Friedensauschusses wird wahrscheinlich vor dem 4. Juni nicht stattfinden.

Spezialmäßig Umtriebe sollen im Deutschen Sozialisten die Anordnung militärischer Sicherheitsmaßnahmen rechtfertigen.

Die Neuwahlen in Frankreich sollen stattfinden für die Kammer im Oktober, für den Senat im November und für den Senat im Dezember. Auf diese Weise wird das Parlament erneuert und für die Präsidentschaftswahl am 17. Jan. 1920 fertig sein.

# Parteinachrichten.

## Die unversöhnlichen Unabhängigen.

In Bochum hat sich ein Verein zur Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Richtungen gebildet. Die Leitung der Bochumer Unabhängigen trägt jedoch einen Antrag durch, wonach jeder aus ihren Reihen sofort ausgeschlossen wird, der dieser Vereinigung angehört.

# Gewerkschaftliches.

Der Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten, der antwortet in Berlin seinen Verbänden abhält, hatte in der letzten Zeit einen bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen. Seit dem 1. Januar d. Js. sind ihm 15.000 neue Mitglieder beigetreten, so daß er jetzt 115.000 Mitglieder zählt. Im Kriege gefallene sind 8000 Werbungsmitglieder.

Um die lebensfähige Arbeitszeit zu erkämpfen, ist die Forderung der Robatinkarube in Sattowia in den Ausland getreten.

Die Textilarbeiter Englands wollen am 7. Juni den allgemeinen Streik erklären, wenn die Arbeitgeber bis dahin nicht in ihre Forderungen willigen.

# Die Presse und die Frauen.

Die November-Revolution hat uns veranlaßt, eine vollständige politische Umwandlung gebracht. Alle über 20 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts haben das gleiche Wahlrecht an allen entscheidenden Wahlen erhalten. In der endgültigen Staatsverfassung, die jetzt in der Deutschen Nationalversammlung beraten wird, sollen die Grundrechte des Volkes dauernd verankert werden. Diese Rechte, die zum Segen für alle ausschlagen können und die deshalb die Seiten unter den bisher völkischen zurückgebliebenen Männen mit hoher Freude begrüßen, schließen in sich aber auch Pflichten: die Pflicht jeder Person zur politischen Schulung, zur Veranwortung und Eindringung. Und in dieser Beziehung ist unsere Freude über das Errungene keine ungetrübte. Die Verantwortungsvollengenden über die einschlagenden Wege bei dem Neuaufbau des Reiches haben innere Wirren und eine nervöse Unruhe hervorgerufen, die zum Verhängnis des deutschen Volkes ausarten droht. Nur weitestgehende Aufklärung kann eine Wendung der Dinge bringen, die zum Segen der Nation führt und uns vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt. Der graufige Krieg hat irgendwie einen unübersehbaren Trümmerhaufen geschaffen, den wir größer zu machen das deutsche Volk mehr als je in der Geschichte hat. Wir müssen daher so schnell wie möglich zu einem geordneten Staatseinheit kommen. Für Experimente hat keine Zeit verloren geben.

Der Presse fällt nun in erster Linie die hohe Aufgabe zu, weisend und weghelfend in der Aufklärungsarbeit voranzugreifen. Die sozialdemokratische Presse kann uns sagen, daß sie, wie bisher, so auch in dieser schwierigen Zeit, die ein Volk durchmachen muß, sich mit allen Kräften bemüht, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Dabei sollte in den eroffentlichsten Wohnungen wie auch in den Häusern auf dem elenden Lande die Arbeiterpresse nicht fehlen. Ein von Freiheit durchglühtes Volk in die Voraussetzung für die völkischen und wirtschaftliche Freiheit die wir erstrebend. In dieser allumfassenden Freiheit muß allerdings die Presse sich erweisen. Ein Teil dieses Erziehungsmaßstabes, und nicht der Reiz, fällt ohne weiteres der Presse zu. Soll in

# Aus den Ostprovinzen.

## Ende des ostpreussischen Eisenbahnerstreiks.

Königsberg. (W. L. V.) Der Streik der ostpreussischen Eisenbahner ist durch Verhandlungen, die Montag morgen im preussischen Staatsministerium stattfanden und bei denen auch der Reichsarbeitsminister anwesend war, beigelegt worden. Es wurde mit der Deputation der streikenden Bahnarbeiter vereinbart, daß ein vom Ministerium ernannter Kommissar die Vorkorderungen der Arbeiter an Ort und Stelle prüfen und die nötigen Unterlagen für die Regelung der Angelegenheit beschaffen soll. Die Entscheidung über die Lösung der Einzelfragen wird einem Schiedsgericht übertragen, in dem ein Beauftragter des Reichsarbeitsministeriums den Vorsitz führen wird und in dem Eisenbahner und Eisenbahnerverwaltung paritätisch vertreten sein sollen. Die Arbeiterdelegation übernahm es ihrerseits, sofort dafür zu sorgen, daß der Eisenbahnerstreik in Ostpreußen einstellt wird.

Uffst Ueber die Explosion des Munitionssdepots wird noch gemeldet, daß am 210 Uhr vormittags zwei Munitionswagen vollständig niedergerannt sind. Die Munition ist vernichtet, die mitgeführten Granaten ring umher. Der Platz ist in so gutem Umfange vom Militär abgegrenzt. Zwei Soldaten sind verwundet worden, weitere Opfer sind nicht zu beklagen. Wie die „Tilz. Bzt.“ weiter berichtet, wird die Ursache der Explosion auf einen spaziatistischen Einschlag zurückgeführt, da mehrere Einbrüche und Attentate dort bereits verurteilt worden sind. Vor kurzem wurde eine uniformierte Räuberbande von 10 Mann abgefaßt, die in das Munitionssdepot eindringen wollte.

Die Schönheit dieses Gedichtes wird von Heibel nur noch mit „Perodes“ und „Marienne“ übertrieben, und der Stil sowohl der Darstellung als auch des Dialogs erreicht den Goethes vollkommen. Ein anderes ist es um das Gedicht. Und so sehr es verworren erkennen mag, wenn dieser Maria Kanadisches den Freund zum Aufstehen einer belienenden Niedersicht macht, und das in Anlehnung der breiten orientalischen Wortspiele, so macht uns die Konvention des Handlungs bei Gages als auch bei Rhodope zum mindesten hursen. Die edle menschliche Leidenschaft steht unter im Diskurieren, vor einer Freiheit des Willens bleibt für nichts mehr übrig, und der Begriff „Lebenszeit“ hängt schließlich in der Luft der Erzeugnisse zwischen Hören und Sandeluden. Man kommt da eben mit den heuligen Zeilen und ihren Anschauungen nicht mehr mit. Die Aufklärung, die Emil Marx leitete, war eine der besten, stimmten und erfolgreichsten dieser Zeitigkeit, von Gena und Verstand für das Werk. Der Walter, Janus hat erbedacht, wenn er selbst diesem Handlungs mit modernistischer Eleganz (um nicht Konfession zu sagen), in den Gedanken festzukommen, was schon der höchste Preis in höchstem Maße verdient. Darum ist der Handlungs die bei weitem schwierige Figur des Damada, weil es nicht die Verführung, die aus einer Umwandlung der Welt, und menschlich erschütternd auf manchen, indem er seinem Augenblicke ungenügt ist, und das Große und Erhabene seines Völkers vor Augen zu führen.

der sozialdemokratischen Presse als Erziehungsmitel, damit auch wir als Erzieher bestehen können. Der Einsatz der Presse im öffentlichen Leben ist ein ganz gewaltiger. In den Frauen liegt es, der sozialdemokratischen Presse die Führung im deutschen Blätterwalde zu gewährleisten. Frauen, werdet verständig und helfend die sozialdemokratischen Presse und werdet neue Abteilungen für sie! Johanna Reize.

## „Heibel: Gages und sein Ring.“

Die Schönheit dieses Gedichtes wird von Heibel nur noch mit „Perodes“ und „Marienne“ übertrieben, und der Stil sowohl der Darstellung als auch des Dialogs erreicht den Goethes vollkommen. Ein anderes ist es um das Gedicht. Und so sehr es verworren erkennen mag, wenn dieser Maria Kanadisches den Freund zum Aufstehen einer belienenden Niedersicht macht, und das in Anlehnung der breiten orientalischen Wortspiele, so macht uns die Konvention des Handlungs bei Gages als auch bei Rhodope zum mindesten hursen. Die edle menschliche Leidenschaft steht unter im Diskurieren, vor einer Freiheit des Willens bleibt für nichts mehr übrig, und der Begriff „Lebenszeit“ hängt schließlich in der Luft der Erzeugnisse zwischen Hören und Sandeluden. Man kommt da eben mit den heuligen Zeilen und ihren Anschauungen nicht mehr mit. Die Aufklärung, die Emil Marx leitete, war eine der besten, stimmten und erfolgreichsten dieser Zeitigkeit, von Gena und Verstand für das Werk. Der Walter, Janus hat erbedacht, wenn er selbst diesem Handlungs mit modernistischer Eleganz (um nicht Konfession zu sagen), in den Gedanken festzukommen, was schon der höchste Preis in höchstem Maße verdient. Darum ist der Handlungs die bei weitem schwierige Figur des Damada, weil es nicht die Verführung, die aus einer Umwandlung der Welt, und menschlich erschütternd auf manchen, indem er seinem Augenblicke ungenügt ist, und das Große und Erhabene seines Völkers vor Augen zu führen.



